



Mag. Dr. Gertraud Meißl ist studierte Geographin und Geschäftsführerin des Vereins zur Gründung eines Kompetenzzentrums für Naturgefahren-Management. Das Ingenieurbüro i.n.n. ist dabei mit Mag. Thomas Sönser (li.) und DI Alexander Ploner (re.) federführend vertreten.

Kompetenzzentrum „Alpine Sicherheit - Zentrum für Naturgefahren-Management“

von Gertraud Meißl, Alexander Ploner,
Thomas Sönser, Johann Stötter

1 Einleitung

Am Institut für Geographie der Universität Innsbruck fanden am 30. 11. 1998 und 29. 3. 1999 zwei Workshops des Deutschen IDNDR-Komitees (IDNDR = International Decade for Natural Disaster Reduction) zum Thema „Mountain Hazards“ statt. Im Rahmen dieser Veranstaltungen diskutierten Naturgefahrenfachleute aus Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz über Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis zu verbessern.

Als eine Idee wurde die Schaffung einer zentralen Plattform zwischen Instituten der Universität Innsbruck und Ämtern und Behörden in Tirol aufgegriffen und im kleinen Kreise (HR Dipl.-Ing. J. Neuner, HR Dr. H. Schaffhauser, Prof. Dr. J. Stötter) weiter entwickelt. Bald kam von politischer Seite die Anregung, die Wirtschaft in diese Überlegungen mit einzubeziehen und die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Alpine Sicherheit am Standort Tirol zu bedenken.

Das Bundesland Tirol liegt zur Gänze in den Alpen. Aus diesem Grund stellen Naturgefahrenprozesse wie Lawinen, Steinschlag, Felsstürze, Rutschungen und Muren eine allgegenwärtige Bedrohung dar. Die umfassende Auseinandersetzung mit diesen Prozessen ist deshalb eine elementare Voraussetzung für die dauerhafte Sicherung des Lebens- und Wirtschaftsraums.

Die in den Alpen gelegene Universitätsstadt Innsbruck soll daher Standort für das Kompetenzzentrum „alpS – Zentrum für Naturgefahren-Management“ werden.

2 Ausgangssituation

Die Schaffung eines Kompetenzzentrums ist notwendig, weil sich derzeit zwar zahlreiche Ämter und Behörden, Universitätsinstitute, Wirtschaftsunternehmen sowie Vereine mit dem Umgang mit Naturgefahren beschäftigen, jedoch trotz hoher personeller und finanzieller Investitionen erhebliche Defizite erkennbar sind, wie z.B.:

Grunddatenerfassung, Datenhaltung:

Daten werden derzeit an mehreren Institutionen erhoben und gespeichert. Die Erhebung erfolgt jedoch nicht mit einheitlichen Methoden oder Standards, sondern in unterschiedlichen Maßstäben und mit verschiedenem Detaillierungsgrad. Dies sowie die Verwendung unterschiedlicher Speicherformate gestalten den Datenaustausch schwierig bis unmöglich. Beschränkte Zugriffsberechtigungen bilden bürokratische Hindernisse. Mehrfache Datenerhebung und -haltung in unterschiedlichen Dienststellen verursachen unnötigen und teuren Mehraufwand. Zudem erfordert die zunehmende Entstaatlichung neue Wege im Umgang mit der Datenhaltung.

Schutzmaßnahmen:

Schutzmaßnahmen vor alpinen Naturgefahren stehen im Spannungsfeld zwischen raumplanerischen Aspekten (Nutzungen), volks- und betriebswirtschaftlichen Argumenten (Kosten/Nutzen-Analyse) sowie psychologischen und soziologischen Gesichtspunkten (Risikowahrnehmung und -akzeptanz). Bei sinkender Risikoakzeptanz steigen die Erwartungen des Einzelnen in Bezug auf Sicherheit. Dem gegenüber stehen Machbarkeit, Finanzierbarkeit und die Notwendigkeit der langfristigen Erhaltung zur dauerhaften Sicherung des alpinen Lebensraumes.

a) Technische Schutzmaßnahmen:

Technische Schutzmaßnahmen (Verbauungen) haben nur eine beschränkte Lebensdauer. Sie gewährleisten vorerst Schutz vor Naturgefahren, bedeuten aber eine große finanzielle Bürde für zukünftige Generationen (Weinmeister, 2000). Bisher wurden zu wenig Maßnahmen mit Selbststabilisierungseffekt durchgeführt.

b) Gefahrenzonenplanung:

Zur Festlegung der Gefahrenzonen auf Gemeindeebene werden Bemessungsereignisse (z.B. Ereignisse mit 150jähriger Wiederkehrwahrscheinlichkeit) herangezogen. Dies ist jedoch aus mehreren Gründen sehr problematisch: Einerseits sind selten genügend lange Beobachtungsreihen vorhanden, um verlässlich auf die Wiederkehrfrequenz eines Ereignisses schließen zu können.

Andererseits funktioniert das Konzept der Bemessungsereignisse nur unter der Annahme konstanter Verhältnisse im Einzugs- und Ablagerungsgebiet des Gefahrenprozesses. Konstante Verhältnisse sind jedoch üblicherweise nicht gegeben, da sowohl der Natur- als auch der Kulturraum einem ständigen Wandel unterworfen sind. (Beispiele: Zerstörung eines Waldabschnitts durch einen Naturgefahrenprozess, Veränderungen im Einzugsgebiet aufgrund von Klimaänderungen, Nutzungsintensivierungen und zusätzliche Bebauung im Ablagerungsgebiet, aber auch Aufgabe von Bergmähdern im Einzugsgebiet, Nicht-Wiederaufbau von Bauten nach einer Zerstörung, damit Wegfall der Bremswirkung und somit Vergrößerung des Ablagerungsgebietes etc.) (Heigl, 2000).

Gefahrenzonenpläne sind Empfehlungen, deren Umsetzung durch verschiedene Handlungsweisen, z.B. die Nicht-Genehmigung der Finanzierung von Schutzmaßnahmen durch das zuständige Bundesministerium bei Nichtbeachtung des Gefahrenzonenplanes

durch die Baubehörden, unterstützt wird. Gefahrenzonenpläne haben jedoch keine verbindliche Rechtsgültigkeit und können daher unterlaufen werden.

Risikoakzeptanz:

Durch die Veränderung des Lebensstils hat die Bevölkerung das Wissen um Gefahren und den Umgang mit ihnen größtenteils eingebüßt. Sie erwartet von der öffentlichen Hand, die vollständige Sicherheit des Lebensraumes zu gewährleisten. Wegen der zunehmenden Raumansprüche, insbesondere des Tourismus, sowie der intensivierte Nutzung von Verkehrswegen durch Urlaubs- und Pendelverkehr kann ein vollständiger Schutz vor Naturgefahren jedoch nicht finanziert werden. Im Katastrophenfall kommt es daher vorschnell zu Verurteilungen und zu unreflektierten Medienberichten, die das Image des Landes und damit auch den Tourismus nachhaltig schädigen.

Interdisziplinäre und interinstitutionelle Zusammenarbeit:

Die Zusammenarbeit über Zuständigkeitsgrenzen hinweg (z.B. die Zusammenarbeit zwischen WLW und Wasserbau oder auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Universitätsinstituten) funktioniert nur, wenn gute persönliche Kontakte bestehen. Häufig scheidet sie jedoch an bürokratischen Hürden oder persönlichen Animositäten.

Fazit

Die formulierten Defizite sind sehr komplex, umfassen naturwissenschaftliche, technische, wirtschaftliche, juristische und psychologische Aspekte. Ihre Beseitigung kann daher nicht mit Hilfe von in einzelnen Institutionen verankerten Projekten erfolgen. Vielmehr bedarf es der Zusammenarbeit aller mit der Thematik befassten Universitätsinstitute, Ämter/Behörden und Wirtschaftsunternehmen und eines interdisziplinären Forschungsansatzes, um die anstehenden Probleme zu lösen. Derartige Koordinations- und Forschungsaufgaben können nur von einem interdisziplinären Kompetenzzentrum gelöst werden. Allein dieses ist in der Lage, die durch den Wandel in Natur- und Kulturraum verursachte zunehmende Komplexität der Problematik zu bewältigen.

3 Forderungen an einen neuen nachhaltigen Umgang mit Naturgefahren

Forderung I:

Die Auseinandersetzung mit Naturgefahren muss multidisziplinär erfolgen.

Das Zusammenspiel

- naturwissenschaftlicher Aspekte (Ursachen, Auslösung und Ablauf des gefährlichen Prozesses),
- ingenieurwissenschaftlicher und technischer Aspekte (biologische Maßnahmen, Schutzbauten),
- sozialwissenschaftlicher Aspekte (Risikowahrnehmung und –akzeptanz, Reaktion auf drohende Gefahren),
- wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftlicher Aspekte (volks- und betriebswirtschaftliche Auswirkungen) sowie
- logistischer Aspekte (Planung und Durchführung von Maßnahmen)

erfordert eine systemare Betrachtungsweise, um einen optimierten und nachhaltigen Umgang mit Naturgefahren zu gewährleisten. Nur eine umfassende Bearbeitung der Problematik liefert Ergebnisse, die als Grundlage für politische Entscheidungen herangezogen werden können.

Forderung 2:

Naturgefahren-Management erfordert eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis.

Wegen ihrer umfangreichen praxisorientierten Aufgaben sind die in den Ämtern und Behörden beschäftigten Mitarbeiter heute nicht mehr in der Lage, eigene Forschung in für sie relevanten Bereichen durchzuführen oder den Entwicklungen der wissenschaftlichen Forschungsfront zu folgen. Ähnliches gilt für Unternehmen. Neue Erkenntnisse finden somit oft erst mit mehrjähriger Verzögerung Eingang in die Behördenpraxis. Die Ergebnisse der Wissenschaft sollten daher für die Praxis in aufbereiteter Form zur Verfügung gestellt werden.

Der Informationsaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis muss jedoch auch in umgekehrter Richtung intensiviert werden. Wissenschaftliche Forschung ist nicht immer praxisrelevant, oft auch, weil dem Wissenschaftler die Bedürfnisse der Praxis zu wenig bekannt sind. Die Praxis muss daher deutlicher als bisher Anfragen und Forderungen an die Wissenschaft formulieren und somit die Richtung der wissenschaftlichen Forschung mitbestimmen.

Forderung 3:

Alle mit Naturgefahren befassten Institutionen müssen in die Erarbeitung neuer Wege zur Problemlösung eingebunden werden.

Nur eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Universitätsinstituten und anderen Forschungseinrichtungen, Ämtern und Behörden sowie Unternehmen der Wirtschaft ermöglicht einen reibungsfreien Datenaustausch sowie die gemeinsame Planung und Durchführung von Projekten. Durch die Zusammenführung aller Kräfte könnten neue Ansätze im Management von Naturgefahren erarbeitet werden, deren Entwicklung bisher nicht möglich war, weil die jeweils bearbeitende Institution auf Daten anderer Dienststellen nur erschwert zugreifen konnte oder weil Ideen und Kompetenz aus anderen Disziplinen nicht zur Verfügung standen.

Forderung 4:

Für einen nachhaltigen Umgang mit Naturgefahren müssen verstärkt präventive Maßnahmen entwickelt werden.

Der bisherige Umgang mit Naturgefahren erfolgt großteils reaktiv. Entstandene Schäden wurden bestmöglich saniert, die Entstehung ähnlicher Schäden an derselben Stelle wurde durch bautechnische, ingenieurbio-logische oder raumplanerische Maßnahmen verhindert. Der verstärkte Einsatz von präventiven Maßnahmen könnte jedoch Kosten einsparen sowie die Entstehung von Schäden, die nicht oder nur in langen Zeiträumen behoben werden können, z.B. die Zerstörung von Schutzwäldern, verhindern. (Stötter et al., im Druck)

4 Ziele des Kompetenzzentrums „alpS – Zentrum für Naturgefahren-Management“

Zur Beseitigung der genannten Defizite und Umsetzung der beschriebenen Forderungen an einen nachhaltigen Umgang mit Naturgefahren soll ein Kompetenzzentrum „alpS – Zentrum für Naturgefahren-Management“ errichtet werden.

Aufbauend auf einer systematischen Erhebung und Bewertung des gegenwärtigen Kenntnisstands zur Naturgefahrenproblematik sollen im Kompetenzzentrum durch interdisziplinäre Forschungsansätze neue Wege, mit Naturgefahren umzugehen, aufgezeigt und entwickelt werden. Darüber hinaus hat das geplante Kompetenzzentrum auch die Institutionalisierung der Vernetzung von bereits bestehenden universitären und amtlichen Einrichtungen sowie Wirtschaftsunternehmen aus dem Naturgefahrenbereich zur Aufgabe. Damit sollen folgende Teilziele erreicht werden:

- Bessere Nutzung und Koordination bestehenden Wissens
- Aufbau neuen Wissens / neuer Kompetenz
- Erhöhung der Standortattraktivität durch Kooperation Wissenschaft – Wirtschaft
- Wirtschaftsorientierte Forschung
- Schaffung einer strategischen Vorreiterrolle auf dem Gebiet Naturgefahren-Management
- Entwicklung von Instrumentarien und Impulsgeber für Produktentwicklung
- Etablierung einer Marke bzw. eines Markennamens

Aus den Zielvorstellungen ergeben sich folgende Aufgabenbereiche für das Kompetenzzentrum „alpS – Zentrum für Naturgefahren-Management“:

- zentrale Funktion als Informations- und Kommunikationsdrehscheibe (zwischen Universitätsinstituten, Ämtern/Behörden und Unternehmen)
- Bündelung und Nutzung multidisziplinärer Ressourcen
- Abwicklung von Forschungsvorhaben der Wirtschaft
- Entwicklung eines Gütesiegels/ Markennamens
- Vorbereitung der Umsetzung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis der Ämter und Behörden
- Koordination von Forschungs- und Entwicklungsmitteln sowie –kompetenzen
- Initiierung fächer- und unternehmensübergreifender Wertschöpfungsketten

Aufgrund der multidisziplinären Auseinandersetzung mit dem Problemkreis Naturgefahren in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis sollen neue Standards für den Umgang mit Naturgefahren entwickelt werden. Sie sollen

- a) für den regionalen Raum Gültigkeit haben und
- b) in andere, vergleichbare Gebirgsräume der Erde übertragbar sein.

Derartige Standards können für die gesamte Breite des im Kompetenzzentrum abgedeckten Bereichs der alpinen Sicherheit konzipiert und definiert werden. Es ist dabei beispielsweise an Standards zu denken:

- bei der primären Erfassung von Naturgefahrenprozessen

- beim planerischen Umgang mit den daraus resultierenden Folgen
- bei ingenieurtechnischen Lösungen
- bei der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung von Maßnahmen
- bei der Finanzierung von Schutzmaßnahmen
- für Informationspolitik zur Steuerung der Risikoakzeptanz und des Risikobewusstseins

5 Standort des Kompetenzzentrums „alpS – Zentrum für Naturgefahren-Management“

Für das geplante Kompetenzzentrum stellt Innsbruck einen idealen Standort dar. Als Hauptstadt eines, wie eingangs erwähnt, vollständig in den Alpen liegenden Bundeslandes beherbergt Innsbruck zahlreiche Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, Universitätsinstitute sowie private Unternehmen, die sich mit alpinen Naturgefahren befassen und entsprechende Amts-, Forschungs- und Wirtschaftskompetenz aufgebaut haben. Die zentrale Lage des Kompetenzzentrums in einer Landeshauptstadt gewährleistet den direkten Kontakt zu den politischen Entscheidungsträgern. Unabhängig davon entspricht eine derartige Einrichtung auch den Zielvorstellungen der Stadtverwaltung, eine überregionale Bedeutung im Hinblick auf alpine Fragestellungen zu gewinnen.

6 Struktur des geplanten Kompetenzzentrums und Forschungsprogramm

Das Kompetenzzentrum „alpS – Zentrum für Naturgefahren-Management“ soll als selbständiges Forschungs- und Koordinationszentrum bestehen, getragen von einer eigenen Trägerrechtsperson (voraussichtlich GmbH). Die drei wesentlich an der Gründung des Zentrums beteiligten Säulen Universität, Ämter/Behörden und Wirtschaft sollen in enger Kooperation mit dem Kompetenzzentrum arbeiten.

Das Kompetenzzentrum soll aus einem geschäftsführenden Management (wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Leiter, EDV-Zentrale) und drei Arbeitsbereichen bestehen, in denen international anerkannte Wissenschaftler (key researcher) an der dauerhaften Sicherung des alpinen Lebensraumes arbeiten (vgl. Abb. 1). Die in den Abteilungen verfolgten Ziele werden kurz vorgestellt:

6.1 Arbeitsbereich A: Grunddatenerfassung und Modellierung

Die Erfassung von Grunddaten (Kartierungen, Kataster, Digitale Geländemodelle) bildet die Basis für alle anderen Arbeitsschritte, insbesondere für die Untersuchung von Prozessabläufen und deren Modellierung und die Maßnahmenplanung. Die Forschungen im Bereich Grunddatenerfassung sollen helfen, eine höhere Qualität der Grunddaten zu erzielen sowie die Effizienz der Datenerhebung zu steigern, indem eine gezielte Auswahl der Daten erfolgt. Sie dienen der Entwicklung von standardisierten prozessorientierten Erfassungs- und Bewertungsinstrumenten auf den Ebenen der Bundes-, Landes-, Regional- und Lokalplanung.

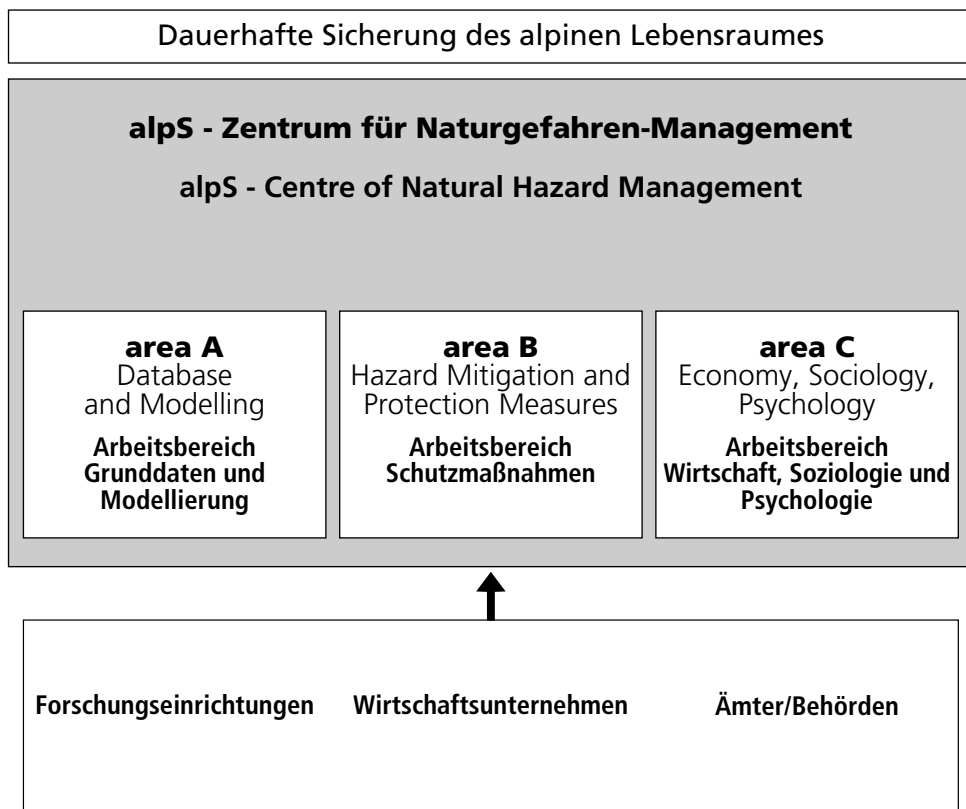


Abb. 1: Struktur des geplanten Kompetenzzentrums “alpS – Zentrum für Naturgefahren-Management”. Das Zentrum baut auf den drei Säulen Forschungseinrichtungen, Ämter/Behörden und Wirtschaftsunternehmen auf, umfasst drei Arbeitsbereiche und ist dem Ziel, die dauerhafte Sicherung des alpinen Lebensraums zu gewährleisten, gewidmet.

Die Forschungen im Bereich Modellierungen sollen die Gewinnung verlässlicher und qualitativ hochwertiger Modellergebnisse ermöglichen. Eine zentrale Aufgabe stellen der Vergleich und die Bewertung existierender Modelle sowie gezielte, anwendungsorientierte Weiter- und Neuentwicklungen dar. Auf der Basis dieser modernen Simulations-, Prognose- und Entscheidungstechnologien können Risiko- und Krisenmanagementpläne entwickelt werden.

6.2. Arbeitsbereich B: Schutzmaßnahmen

Die Forschungen im Arbeitsbereich Schutzmaßnahmen sollen der Entwicklung präventiver und nachhaltiger bautechnischer und ingenieurbioologischer Maßnahmen dienen sowie raumplanerische Wege zur dauerhaften Nutzung der begrenzten Raumressourcen unter Berücksichtigung der Naturgefahrensituation aufzeigen.

6.3. Arbeitsbereich C: Wirtschaft, Soziologie und Psychologie

Ziel der Forschungen im Bereich Psychologie/Soziologie ist die Untersuchung der Einflussfaktoren auf Risikowahrnehmung und Risikoakzeptanz, um eine angepasste Maßnahmenplanung zu ermöglichen. Darüber hinaus soll die wissenschaftliche Basis für Informationsoffensiven, Katastrophenvorsorge und Katastrophenhilfe gelegt werden.

Im Bereich Wirtschaft soll ein Methodenspektrum zur Beurteilung der Auswirkungen von alpinen Naturgefahren sowie der Schutzmaßnahmen entwickelt werden. Gemeinsam mit den anderen Arbeitsbereichen sollen an die jeweilige Situation angepasste, wirksame, möglichst kostengünstige Schutzmaßnahmen vorgeschlagen werden.

7 Beteiligte Partner

Folgende Partner haben ihre Mitarbeit zugesagt:

7.1 Universität Innsbruck

- Institut für Meteorologie und Geophysik
- Institut für Geologie und Paläontologie
- Institut für Geographie
- Institut für Botanik
- Institut für Zoologie und Limnologie
- Institut für Hochgebirgsforschung und alpenländische Land- und Forstwirtschaft
- Institut für Psychologie
- Institut für Wasserbau
- Institut für Geotechnik und Tunnelbau
- Institut für Technische Mathematik, Geometrie und Bauinformatik
- Institut für Geodäsie
- Institut für Baustoffe und Bauphysik
- Institut für Unternehmensführung, Tourismus und Dienstleistungswirtschaft
- Institut für Finanzwissenschaft

7.2 Ämter/Behörden

- Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung
- Institut für Lawinen- und Wildbachforschung der Forstlichen Bundesversuchsanstalt
- Amt der Tiroler Landesregierung
- Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

7.3 Wirtschaftsunternehmen

Verhandlungen mit zahlreichen Wirtschaftsunternehmen aus den Bereichen Bau, Fertigung, Consulting, Versicherung u.a. laufen, einige stehen kurz vor dem Abschluss.

7.4 Kooperationspartner

- Eidgenössisches Schnee- und Lawinenforschungsinstitut Davos bzw. Eidgenössisches Forschungsinstitut für Wald, Schnee und Landschaft bzw. CENAT (Schweizer Kompetenzzentrum Naturgefahren)

- Institut für Hydraulik, Gewässerkunde und Wasserwirtschaft, TU Wien
- Institut für Ingenieurgeologie, TU Wien
- Institut für Geodäsie und Geophysik, TU Wien
- Institut für Meteorologie und Geophysik an der Universität Wien
- Christian-Doppler-Laboratorium, Montanuniversität Leoben
- ZENAR (Zentrum für Alpine Naturgefahren an der Universität für Bodenkultur)
- Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf
- Anwendungszentrum für Mischbautechnologie, Innsbruck
- Space Application Institute der Europäischen Commission, Ispra
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Wessling
- Umweltforschungsstation Schneefernerhaus, Garmisch-Partenkirchen
- CIPRA Deutschland
- Forschungszentrum Jülich

In Vorbereitung befinden sich Kooperationen mit Ämtern und Behörden in Südtirol und Bayern.

8 Kplus-Programm

Wie in der Einleitung erwähnt, wurde die Initiative zur Gründung des beschriebenen Kompetenzzentrums im November 1998 von HR Dipl.-Ing. Josef Neuner, Leiter des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinerverbauung, Sektion Tirol, HR Dr. Horst Schaffhauser, Leiter des Instituts für Lawinen- und Wildbachforschung der Forstlichen Bundesversuchsanstalt und Univ. Prof. Dr. Johann Stötter, Institut für Geographie an der Universität Innsbruck, gestartet.

Aus organisatorischen Gründen wurde in der Folge der Verein „Naturgefahren-Management Tirol – Verein zur Gründung eines Kompetenzzentrums“ (Geschäftsführerin: Dr. Gertraud Meißl) gegründet, dem neben den genannten Proponenten auch HR Univ. Doz. Dr. Bernd Stampfer als Vertreter des Landes Tirol sowie die beiden Büros i.n.n. (ingenieurbüro für naturraum-analyse und naturgefahren-management, DI Alexander Ploner, Mag. Thomas Sönser) und Büro für Kommunikation (Mag. Susanne Schennach, Dr. Siegfried Walch) angehören.

Gemäß seinen Statuten strebt der Verein die Errichtung des Kompetenzzentrums für Naturgefahren-Management im Rahmen des Kplus-Programms des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie an. Dieses Programm sieht neben einer 60%igen Förderung durch Bund und Land eine 40%ige Abdeckung der Forschungskosten im Kompetenzzentrum durch Wirtschaftsunternehmen vor. Anträge für das Kplus-Programm können bis 1. März 2001 eingereicht werden (www.tig.or.at).

Zur Erreichung dieses Ziels leistete der Verein „Naturgefahren-Management Tirol“ umfangreiche Vorarbeiten, die vor allem in der Entwicklung eines Forschungsprogramms sowie der Gewinnung von Partnern und politischer Unterstützung bestanden.

Die Fertigstellung des Antrags hat nun die Tiroler Zukunftsstiftung als Projektleitung übernommen und dazu eine Projektgruppe (Dipl.-Ing. Christian Klenkhart, Mag. Rudolf Mair, Dipl.-Ing. Alexander Ploner, Univ. Prof. Dr. Johann Stötter, Dipl.-Ing. Georg



Abb. 2: Installation der Projekt- und Steuerungsgruppe anlässlich der Übernahme der Projektleitung durch die Zukunftsstiftung am 15. 1. 2001: (von links) Dr. Siegfried Walch, Mag. Susanne Schennach, Univ.Prof. Dr. Johann Stötter, Dr. Norbert Beyer, Dr. Harald Gohm, Univ. Prof. Dr. Richard Hammer, KR Karl Handl, Mag. Rudolf Mair, DI Alexander Ploner, DI Georg Walter, Christine Posch, HR Univ. Doz. Dr. Bernd Stampfer

Walter) und eine Steuerungsgruppe (Dr. Norbert Beyer, Vizerektor Univ. Prof. Dr. Manfred Gantner, KR Karl Handl, HR Univ. Doz. Dr. Bernd Stampfer) installiert sowie ein Projektmanagement (Büro für Kommunikation) engagiert. Als externe Berater stehen DI Wolfgang Hesina (Forschungszentrum Seibersdorf), Dr. Walter Ammann (Leiter des Eidgenössischen Schnee- und Lawinenforschungsinstituts in Davos) sowie als Moderator Univ. Prof. Dr. Richard Hammer (Institut für Wirtschaftswissenschaften, Universität Salzburg) zur Verfügung.

Damit besteht nun die Chance, nach einer mehr als zweijährigen Diskussion und Vorarbeit ein Kompetenzzentrum für Naturgefahren-Management in Innsbruck zu errichten.

Literatur:

- Baumann, R., A. Burkard, Ch. Wuilloud, M. Wyer – 2000: Paradigmawechsel in der staatlichen Förderung der Naturgefahrenabwehr. Das Pilotprogramm effor2 im Kanton Wallis. In: Tagungsband zur Interpraevent 2000 in Villach, Band 1, Klagenfurt, S. 13-24.
- Heigl, F – 2000: Für eine dynamische Zonenausweisung. In: Tagungsband zur Interpraevent 2000 in Villach, Band 2, Klagenfurt, S. 253 - 265.
- Stötter, J., G. Meißl, A. Ploner, Th. Sönser – im Druck: Developments in Natural Hazard Management. Tagungsband zum HDP-A-Workshop in Innsbruck (19. – 20.10.2000).
- Weinmeister, W. – 2000: Contribution towards sustainable protection against natural hazards. (Beiträge für einen nachhaltigen Schutz vor Naturgefahren) In: Tagungsband zur Interpraevent 2000 in Villach, Band 1, Klagenfurt, S. 85 – 96.